

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 21/3 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.3.59148

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

favorisiert, weil man davon ausging, daß Moskau zu einem Einsatz militärischer Mittel nicht bereit sein würde. Leffler läßt keinen Zweifel daran, daß die Bedeutung Westdeutschlands innerhalb der skizzierten Konzeption nationaler Sicherheit von den US-Planern so hoch veranschlagt wurde, daß eine Teilung ungeachtet aller möglichen Alternativüberlegungen bewußt angestrebt wurde. »The difficulty under which we labor«, zitiert er den Botschafter in Moskau, Walter Bedell Smith, »is that in spite of our announced position, we really do not want nor intend to accept German unification in any terms that the Russians might agree to, even though they seemed to meet most of our requirements.« (S. 199)

Über die breite empirische Grundlage hinaus bleibt hervorzuheben, daß die Arbeit auch in methodischer Hinsicht einen sehr wichtigen Beitrag leistet. Das gilt einmal in bezug auf die herausgearbeiteten Kontinuitätslinien der amerikanischen Außenpolitik und zum anderen für die immer wieder in den Blick genommene Interdependenz von Innen- und Außenpolitik. Leffler liefert ein Beispiel dafür, daß auch nach seinem vielbeschworenen Ende der Kalte Krieg ein wichtiges und herausforderndes Thema bleibt. Das Buch gibt wichtige Denkanstöße, so etwa wenn die besondere Stellung der Bundesrepublik für die amerikanische Stabilisierungspolitik in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgehoben wird. Kooperationsmomente und Konfliktstellen innerhalb dieser Kontinuitätslinie des deutsch-amerikanischen Verhältnisses in den 50er und 60er Jahren auf wirtschaftlichem Gebiet genauer zu untersuchen, bleibt eine wichtige Aufgabe zeitgeschichtlicher Forschung.

Matthias PETER, Bonn

*Power in Europe? II. Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957*, edited by Ennio DI NOLFO, Berlin (Walter de Gruyter) 1992, 598 S.

Der rapide Machtverfall der europäischen Mächte nach Ende des Zweiten Weltkriegs und die rasche wirtschaftliche Rekonvaleszenz infolge der europäischen Integration waren kennzeichnend für die Entwicklung Europas in den fünfziger Jahren. Die Ursachen für diesen Wandel in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien von 1938 bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 vertieft zu analysieren, war Teil eines großangelegten Forschungsvorhabens, an dem seit Anfang der achtziger Jahre eine Vielzahl von Historikern und Politikwissenschaftlern gearbeitet hat. Die Ergebnisse der dritten Projekttagung 1987 in Florenz sind hier in 33 Beiträgen zusammengefaßt.

Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie diese vier europäischen Mächte auf den Zusammenbruch des internationalen Systems nach 1945, den sowjetisch-amerikanischen Bilateralismus und Zerfall kolonialer Machtpositionen Großbritanniens und Frankreichs in Asien und Afrika reagiert haben. Dabei werden sechs Aspekte eingehender untersucht: die Machtperzeption bei Entscheidungsträgern und Führungseliten, das wirtschaftliche Umfeld, der militärische Sektor, die politischen Parteien, die öffentliche Meinung und die Politik der europäischen Integration vom Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 über die Suezkrise 1956 bis zum Abschluß der Verträge von Rom 1957. Der Aufbau des Bandes, der komparativ diese Sujets behandelt, bietet auch guten Zugriff auf länderspezifische Aspekte.

In der Entwicklung Europas, so stellen der Herausgeber und Josef BECKER eingangs fest, kamen in den fünfziger Jahren zahlreiche innen- und außenpolitische Paradoxien zum Vorschein. Die einst den Kontinent dominierenden Mächte gingen durch die allmähliche Auflösung der Kolonialreiche ihrer Weltmachtrolle verlustig, schafften durch den Zusammenschluß des wirtschaftlichen Potentials in Westeuropa aber dennoch innerhalb weniger Jahre Voraussetzungen für prosperierende Entwicklungen und in den Gemeinschaftsinstitutionen ein politisch funktionierendes Kooperationssystem. Dabei hatten die Entscheidungsträger nur in Teilen gewechselt. In Frankreich herrschte, GIRAULT zufolge, mehr oder minder die gleiche Elite wie am Ende des Krieges, die sich über die schwindende Weltmachtrolle keinen

Illusionen hingab. Großbritannien sah sich als Nuklearmacht unverändert in globaler Verantwortung, obgleich es dem administrativen Management der konservativen Regierung Churchill/Eden – wie ADAMTHWAITE betont – an kraftvoller Führung und klarer Konzeption in der Außenpolitik ermangelte und eine pessimistische Grundstimmung im Inneren überwog. Die Bundesrepublik kämpfte um die volle politische Teilhabe in Westeuropa, war dafür zu Souveränitätseinschränkungen und enger Westbindung bereit, ohne damit eine Garantie für die Überwindung der Teilung zu erhalten. Auch in Italien suchten die Nachfolger de Gasperis vornehmlich in der Sicherheitspolitik Anschluß an den Westen zu halten, um – so VIGEZZI und VARSORI – dem Dilemma der ost-westlichen Detente-Politik zu entgehen.

Allein Großbritannien konnte auf relativ stabile parlamentarische Verhältnisse blicken, schlug sich jedoch damit herum, die Folgen des gescheiterten Sozialisierungskonzepts der Labour-Partei zu korrigieren. Dabei gelang es nicht, wie PEDEN feststellt, die industrielle Produktion in dem erforderlichen Umfang zu erhöhen und die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten. Die Position Großbritanniens im Commonwealth, im GATT und in der OEEC sowie die Rolle des Sterlings verhinderten, daß die Regierung nachhaltige Konsequenzen zog und durch Kooperation mit den westeuropäischen Staaten britischen Produkten einen größeren Absatzmarkt eröffnete. Daß die politische und wirtschaftliche Schwäche der IV. Republik Frankreichs durch die kolonialen Belastungen noch verschlimmert wurde, zeigen die Beiträge von FRANK und BERSTEIN. Niederlagen in Südostasien und das mißlungene Suez-Abenteuer führten bei Sozialisten, Christdemokraten und gemäßigten Kräften zu der Erkenntnis, daß die Schwäche – sollte sie nicht in der nationalen Katastrophe enden – mit einschneidenden Maßnahmen bekämpft werden mußte, um Frankreichs Machtposition einigermaßen zu erhalten. Auch die das politische Geschehen in Italien beherrschenden Parteien, die COLARIZI und GALANTE untersuchen, waren sich darüber im klaren, langfristig keinen weltpolitischen Einfluß mehr ausüben zu können. Nicht zuletzt wegen der wirtschaftlich schwachen Position suchte Italien sein Heil in einem europäischen Zusammenschluß. BECKER legt dar, daß Adenauer in seiner Regierungspartei CDU auf eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber der Integration bauen konnte. Der Bundesverband der Deutschen Industrie sorgte sich in Zeiten des Wirtschaftswunders mehr um neue Absatzmärkte und versuchte mittels des westdeutschen Wirtschaftspotentials Einfluß auf die Geschehnisse Westeuropas zu nehmen, so weisen BÜHRER und SCHRÖDER nach. Der Gemeinsame Markt bot dazu der wieder exportstarken deutschen Wirtschaft die besten Voraussetzungen.

Deutsche, Franzosen und Italiener wollten ihre individuelle politische, wirtschaftliche und militärische Schwäche auf dem Wege des Zusammenschlusses stärken, weil der nach Stalins Tod 1953 erkennbare Wandel der Beziehungen zwischen Washington und Moskau den europäischen Kontinent weiter ins Abseits zu rücken drohte. Allerdings herrschte große Uneinigkeit über die Rolle, die den USA in Europa beizumessen war. Während die Bundesrepublik mit Inkrafttreten der Pariser Verträge 1955 wieder als gleichberechtigte westliche Macht angesehen wurde und trotz enger wirtschaftlicher Westbindungen in den Römischen Verträgen die Amerikaorientierung nicht aus den Augen verlor, wie KNIPPING herausstellt – wozu die Regierung Adenauer schon allein aufgrund der deutschlandpolitischen Rücksichtnahmen gezwungen war –, schaute Frankreich skeptisch auf die nuklearpolitische Dominanz der Amerikaner in der NATO und hoffte, so DELMAS, sich neben Großbritannien als dritte westliche Atomkraft zu profilieren. Mit zunehmender Entspannungsbereitschaft der Hegemonialmächte reduzierte sich auch das Konfliktpotential um die Wiederbewaffnung Deutschlands, die zunehmend als Teil des Normalisierungsprozesses bewertet wurde. Sie trug dazu bei, die Verteidigungsfähigkeit Westeuropas gegenüber der wachsenden Bedrohung durch die Sowjetunion zu verbessern. Doch hatte die Bundesrepublik erhebliche Schwierigkeiten, so MESSERSCHMIDT, den militärischen Machtzuwachs durch den Aufbau der Bundeswehr, der innenpolitisch auf heftigen Widerstand stieß, mit der Forderung nach

Disengagement und Abrüstung (Anti-Atombewegung) in ein schlüssiges sicherheitspolitisches Gesamtkonzept einzubringen.

Am Beispiel der Suezkrise machen WARNER und GUILLEN deutlich, welche unterschiedlichen Konsequenzen Frankreich und Großbritannien aus der Dekolonisierung zogen. Die Regierung Mollet forcierte im November 1956 mit allen Mitteln den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über den EWG-Vertrag und schaffte es zudem, durch Einbeziehung der überseeischen Gebiete in den Gemeinsamen Markt einen Teil seiner Koloniallast auf die europäischen Partner in der EWG abzuwälzen. Großbritannien hingegen hielt sich unvermindert von dem Integrationsprozeß fern und glaubte, seine Außenpolitik in loser Verbindung zum Kontinent gestalten zu können. BULLEN arbeitet heraus, daß die Bindungen an das Commonwealth Großbritannien den falschen Eindruck vermittelten, trotz der Veränderungen in Europa und sich verschlechternden Beziehungen zu Washington eine möglichst unabhängige Politik gegenüber dem europäischen Kontinent verfolgen zu können. Verkannt wurde, daß spätestens mit der EWG-Gründung das Zeitalter traditionell nationalstaatlicher Konfliktaustragung in Westeuropa zu Ende ging. Die europäischen Institutionen waren die neue Bühne, auf der Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkriegs Machtpolitik betreiben und mit ausschließlich friedlichen Methoden ihre Interessenkonflikte lösen.

Selten gelingt es, in einem Sammelband alle Aspekte zu berücksichtigen. So weist der Herausgeber zu recht auf zwei Desiderata hin: Die Entwicklung des Kalten Kriegs auf die europäischen Eliten findet kaum Erwähnung, wie auch die Rückwirkungen des Dekolonisationsprozesses nicht näher beleuchtet werden. Doch sollen mit dem Band in erster Linie Anstöße für weitere Forschungsarbeiten und intensivere Auseinandersetzungen mit dem Problem der Macht und ihrer Anwendung in Europa gegeben werden. Neue Erkenntnisse und Anregungen sind genügend enthalten, die Beiträge werden dem selbstgesetzten Ziel gerecht. Für Studierende wäre es sicher nützlich gewesen, mehr über den Quellenzugang in den vier Ländern zu erfahren. Auch eine Bibliographie der zitierten Literatur hätte einen nützlichen Überblick über den Forschungsstand erlaubt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Band als Pflichtlektüre in jedes Seminar der Politikwissenschaft und Zeitgeschichte gehört.

Hanns Jürgen KÜSTERS, Bonn

Pierre WERNER, *Itinéraires luxembourgeois et européens. Evolutions et souvenirs 1945–1985*, Luxembourg (Editions Saint-Paul) 2<sup>e</sup> édition 1992, Tome I: 309 S., Tome II: 351 S.

Von den vergleichsweise wenigen Aufzeichnungen, die luxemburgische Politiker seit dem 19. Jh. hinterlassen haben, sind die Erinnerungen des Christlich-Sozialen P. Werner die umfassendsten. Zwei Bände, durch viele Bilder und einen Index benutzerfreundlich gestaltet, spiegeln eindrücklich über 30 Jahre politischen Wirkens als Minister, Regierungschef und Oppositionsführer. Die Gliederung des Stoffes ist pragmatisch, die Sprache nüchtern, das Urteil über Zeitgenossen milde. Gleichwohl sind die Memoiren mehr als bloße Berichterstattung, enthalten sie doch auch Eindrücke von Begegnungen, Einsichten aus dem politischen Geschäft und Eingeständnisse von Zweifeln und Niederlagen.

In Kapitel I zeichnet Werner seine politischen Lehrjahre nach. Die für seine spätere Laufbahn unerlässlichen Fachkenntnisse und förderlichen Kontakte vermitteln dem 1913 als Sohn eines Auslandsschweizers in Lille geborenen Werner drei Einrichtungen: die Sorbonne, wo er Jura studiert, die Ecole libre des sciences politiques, die seine finanzwissenschaftlichen Interessen vertieft, und der katholische Studentenverein in Luxemburg. Die Kriegsjahre sehen ihn als Sachbearbeiter in der nach dem deutschen Einmarsch zur Staatsbank umfunktionierten Banque Générale. Hier erwirbt sich Werner solide Kenntnisse im Bankwesen und liefert gleichzeitig der luxemburgischen Exilregierung in London über einen Widerstandskreis Informationen über die Finanzoperationen der deutschen Besatzungsmacht. Das durch Stu-